

Die Dreieinhalb-Stunden-Auseinandersetzung

Vor der klaren Entscheidung zur Umbenennung des Petersenplatzes wurde im Stadtrat heftig diskutiert

Von Frank Döbert



Nach dreieinhalb Stunden intensiver Beratung waren die Flaschen auf den Tischen leer.

(Foto: OTZ/Frank Döbert)

Jena. Nach einer Marathon-Sitzung von dreieinhalb Stunden Dauer hat der Stadtrat, wie bereits berichtet, am Mittwoch mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit die Umbenennung des Petersenplatzes beschlossen.

Sind nun alle Unklarheiten beseitigt? Mitnichten. Die Debatte geht weiter, mindestens bis zum 31. März bzw. 30. Juni. Bis zum ersten Termin soll der neue Platzname feststehen, bis zum letzteren die Texte der Tafeln, mit denen die wechselvolle Namensgeschichte des Platzes erläutert werden soll. Und außerdem gibt es einen weiteren Beschlusspunkt, dass irgendwie parallel zur Umbenennung des Petersenplatzes auch das reformpädagogische Konzept des Jenaplan in Jena mit einem Platz- oder Straßennamen geehrt werden soll. Spätestens da beginnt das Tauziehen um den formal schon namenlosen Platz erneut.

Wenn es nach der CDU-Fraktion gegangen wäre – so wurde aus Änderungsanträgen und Redebeiträgen in der Stadtratsdebatte deutlich – hätte es gar nicht so weit kommen müssen. Schon in der vergangenen Woche hatte sie durch Fraktionschef Benjamin Koppe verkünden lassen, man werde geschlossen die Umbenennung ablehnen. Und für den Fall, dass sich dafür doch eine Mehrheit ausspricht, für eine kommunale Bürgerbefragung einsetzen – womöglich in der Hoffnung, so doch noch durch die Hintertür den „Petersenplatz“ retten zu können. In der Debatte konnte sich CDU-Kreisvorsitzender Prof. Dietmar Schu-

hardt an die von Koppe ausgegebene Direktive offenbar schon nicht mehr erinnern, als er der Fraktion der Linken vorwarf, wie in Zeiten der letzten Diktatur im Block abzustimmen – für die Linke hatte Dr. Beate Jonscher erklärt, die Fraktion werde einstimmig für die Umbenennung stimmen.

Für andere Fraktionen und Redner war nach zwei Jahren Debatte klar geworden, dass der Name nicht haltbar ist. Dr. Marco Schrul: Petersen habe sich der Sprache des Dritten Reiches nicht verwehrt, Opportunismus sei eben nicht das gleiche wie Widerstand.

Es mache ihm Angst, sagte Lothar König (Bürger für Jena), dass es trotz eindeutiger Zeichen zwei Jahre gedauert habe, um einem „waschechten deutschen Antisemiten“ den Namen zu entziehen.

Er verlange von einem Pädagogen, dass er für seine Kinder eintritt und frei von Schuld ist, sagte König.

„Ist das ein Mensch, nach dem ein Platz zu benennen ist“, fragte Prof. Thomas Deufel (SPD). Für ihn sei die Frage klar zu beant-

„Petersen war waschechter Antisemit. Ein Pädagoge sollte frei sein von Schuld.“

Lothar König, Bürger für Jena

worten: „Es geht nicht.“ Dezerent Frank Schenker (CDU) beharrte hingegen darauf: „Wir brauchen die gefährliche Erinnerung!“

Das und einiges mehr (wie von Prof. Schuchardt: „Taten haben das größere Gewicht gegenüber

Worten“) veranlasste den Thüringer Staatssekretär zu deutlichem Widerspruch: 56 Jahre alt habe er werden müssen um zu hören, dass wir eine „gefährliche Erinnerung“ brauchen. Bedenklich sei für ihn, wenn Personen wie die Petersenschüler von der „Wissenschaft“ instrumentalisiert würden – die Zeitzeugenauftritte sprächen für sich –, „weil man sich scheut eine politische Entscheidung zu treffen“. Man habe die Petersen-Problematik so komplex zu machen versucht, „dass die Entscheidung nicht mehr zu treffen ist“. Auch in einem Gespräch mit dem Ehepaar John am Dienstag sei man sich in den Auffassungen nicht einig geworden.

Der Unmut darüber, dass man es im Ausschuss und im Stadtrat immer nur mit einer in der „Arbeitsgruppe Schenker“ versam-

melten Jenaplan-Lobby zu tun habe, nicht aber von unabhängigen Befunden zu Petersen informiert werde, hatte sich bei Jürgen Haschke (Bürger für Jena) aber in Taten geäußert: Er ließ kurz vor der Sitzung die der Ostthüringer Zeitung vorliegende zweiseitige Stellungnahme der Jüdischen Landesgemeinde/Prof. Reinhard Schramm für jeden Abgeordneten kopieren und auf den Platz legen.

Dem Oberbürgermeister lag diese Einschätzung seit Anfang 2011 vor. Er machte davon öffentlich keinen Gebrauch, selbst in der Stadtratssitzung nicht. Dafür aber u.a. Katharina König (Linke) und Dr. Reinhard Bartsch (FDP), indem sie das Resümee von Prof. Schramm aufgriffen: „Petersen hat die Schwelle des moralisch Vertretbaren weit überschritten.“